

Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen

Am 13.9.1997 tagte in Berlin die 1. Behindertenpolitische Konferenz der PDS. Mitglieder der AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Interessenten, Politiker/innen aus Bundesvorstand, Bundestag und Landtagen - Menschen mit und ohne Parteibuch der PDS - diskutierten in der Lichtenberger Werkstatt für Behinderte, wie für die von ihnen geforderte gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben größeres Verständnis in- und außerhalb der PDS und bessere gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden können.

Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch charakterisierte Behindertenpolitik als Menschenrechtspolitik mit Querschnittscharakter. Auch in der PDS müsse sie stärker als Selbstverständlichkeit mitgedacht werden. Zugleich sei Behindertenpolitik u. a. aber auch Politik von Behinderten für Behinderte, und deshalb wünsche er sich von den „unbequemen“ Partnerinnen und Partnern in der AG hartnäckigeres und rechtzeitiges Einfordern ihrer ureigensten Interessen. Er versprach, zukünftig - bei der PDS als Arbeitgeber - stärker auch auf behindertengerechte Bedingungen bei Konferenzen und Parteitag zu achten und die vom Schwerbehindertengesetz vorgegebene 6%ige Beschäftigungsquote einzufordern.

Die Juristin Evelyn Kenzler, Mitglied der AG, untersuchte die „Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte“ (standard rules), verabschiedet 1993 von der UN-Generalversammlung und auch von der Bundesregierung unterschrieben, auf juristische Verbindlichkeit und Einklagbarkeit. Obwohl es sich dabei um völkerrechtliche Empfehlungen handelt („soft laws“), böte die buchstabengetreue Umsetzung - entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt - beste Chancen für die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, Berufsleben inbegriffen.

Tägliche Realität aber ist - so die sozialpolitische Sprecherin Petra Bläss -, daß Behindertenpolitik zur Unterabteilung der Sozialpolitik verkommt. Jahr für Jahr verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen, ob durch Ausgrenzung aus Leistungen der Pflegeversicherung, Änderungen im AFRG, BSHG, Betreuungs- und Rentenrecht oder bei der sogenannten Gesundheitsreform. Anhand der Behandlung des PDS-Antrages zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ verdeutlichte sie Möglichkeiten und Grenzen für behindertenpolitische Initiativen im Bundestag. Der neue Vorstoß der PDS - ein Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen - nimmt eine alte Forderung der Behindertenbewegung auf. Der Ausgleich behinderungsbedingter Mehraufwendungen durch ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz wäre ein wesentlicher Schritt, um ein Leben in Selbstbestimmung und Würde zu ermöglichen und das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes umzusetzen.

Ilja Seifert schilderte drastisch aus eigenem Erleben die baulichen und kommunikativen Barrieren, vor denen Behinderte stehen. Er forderte für alle Entscheidungen die Einbeziehung von Selbsthilfeorganisationen - von der Vorbereitung, über die Klärung bis zur Umsetzung.

Erstes Fazit der 1. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS: Es ist wichtig, daß gerade von unserer Partei sehr viele Aktivitäten und Initiativen zu Fragen des selbstbestimmten und würdevollen Lebens ausgelöst werden. Wir wollen eben keine Verwaltungsperson, die Menschen mit Behinderung in ein Raster einsortiert, sondern mit Kompetenz und Entscheidungsbefugnis ausgestattete Behindertenbeauftragte. Wir wollen auch keine Almosen für Bedürftige, sondern ein einkommensunabhängiges Nachteilsausgleichsgesetz als staatliche Bringepflicht. Integration in gesellschaftliches Leben setzt die

gleichberechtigte Teilnahme voraus. Wir müssen initiativ werden beim Abbau von Barrieren im öffentlichen Verkehr, bei Bus und Bahn, in Schulen, Kultur- und Sportstätten. Es geht um die Möglichkeit, einer Tätigkeit nachzugehen oder in Vereinen, Arbeits- und Interessengemeinschaften mitarbeiten zu können. Auf allen Ebenen sind über parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen dafür Voraussetzungen zu schaffen.

Christine Hempel, Bonn

Nachfragen und Anregungen bitte an: AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik beim Parteivorstand der PDS (030/24009597)